

# Sächsische Volkszeitung

Schriftleitung: Dresden-N., Volkersstr. 17, Fernruf 20711 u. 21012  
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania-Verlagsdruckerei und  
Verlag Ed. und G. Wintel, Volkersstr. 17, Fernruf 21012,  
Verlag: Nr. 1025, Bank: Staatsbank Dresden Nr. 94707

Mittwoch, 15. Juli 1936

In Falle von höherer Gewalt, Verbot, eintrittender Betriebs-  
störungen hat der Bezahler oder Werbungsunternehmen keine An-  
sprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, verspätet  
oder nicht erscheint. Verlagsort Dresden.

## Eden will auch Deutschland einladen

### Verhandlungen um die Locarno-Konferenz

London, 14. Juli. Die Frage, ob die geplante Locarno-Konferenz aufgeschoben wird oder nicht, wird Dienstag früh eingehend erörtert.

Der diplomatische Berichterstatter von Reuters meldet, daß der Zeitpunkt und die Tagesordnung der Konferenz zur Zeit auf diplomatischem Wege zwischen London, Paris und Brüssel besprochen würden. Angesichts der

#### Veränderung der Lage durch das deutsch-österreichische Abkommen

sei es möglich, daß die Konferenz zu einem späteren Zeitpunkt abgehalten werde. Eine Entscheidung hierüber aber werde voraussichtlich nicht vor der Kabinettsitzung am kommenden Mittwoch getroffen werden. — Reuters vermeldet im übrigen die Möglichkeit, daß Frankreich sich mit einem diplomatischen Meinungsaustausch der Locarnomächte außer Deutschland zufrieden geben werde, worauf Deutschland zur Teilnahme an der Brüsseler Konferenz eingeladen werden könnte. Eine solche Formel werde voraussichtlich auch die Beteiligung Italiens einschließen.

News Chronicle veröffentlicht eine großaufgemachte Pariser Meldung, daß der englische Außenminister Eden vor sechs Tagen einen wichtigen diplomatischen Schritt unternommen habe, um die Annäherung Deutschlands und Italiens auf der Locarno-Konferenz zu erzielen. Um einen Ausgleich zwischen dem französischen und dem britischen Standpunkt herbeizuführen, habe er einen Plan aufgestellt, wonach England, Frankreich und Belgien eine gemeinsame Erklärung abgeben sollten, daß die Verhandlungen einen westlichen Unterstützungspakt sowie die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund erstrebten. Eden habe erklärt, daß dieser Plan den französischen Wünschen entgegenkomme und gleichzeitig eine Befriedigung Deutschlands vermeiden würde, indem Deutschland von Anfang an zu der Konferenz eingeladen würde. Am 8. Juli habe der belgische Außenminister Spaak auf Veranlassung Edens die französische Regierung vom dem Plan unterrichtet. Frankreich habe geantwortet, daß es zwar grundsätzlich zustimme, aber der Ansicht sei, daß eine solche Erklärung am besten auf der vorbereitenden Konferenz selbst abgegeben würde.

#### Nachdem Frankreich den Plan Edens abgelehnt habe,

sei es eine offene Frage, ob die Locarno-Konferenz nicht auf eine unbestimmte Zeit aufgeschoben werde. In Paris verlautete, daß England im Begriff sei, ein „Ultimatum“ zu stellen, das die Beteiligung an der Konferenz verweigern würde, wenn nicht auch Deutschland und Italien daran teilnehmen würden. Verantwortliche Kreise in Paris seien der Ansicht, daß Frankreich mit einer Isolierung in Europa bedroht werde, wenn es keine Stellungnahme zum Plan Edens nicht ändere.

### Gerüchte um eine Einigung in Montreux

London, 14. Juli. Nach britischen Berichten aus Montreux ist mit einer Einigung über die hauptsächlichsten Streitpunkte auf der Meerengenkonferenz in den nächsten Tagen zu rechnen. „Daily Telegraph“ schreibt, in britischen unabhängigen Kreisen hoffe man, daß bis zum Wochenende eine für alle Parteien annehmbare Konvention entworfen werden könne. Nach einer Reutersmeldung wird die sowjetrussische Forderung, daß Kriegsschiffe nicht nur bei der Vollziehung der Völkerbundsaufgabe gegen einen Anreifer, sondern auch in Erfüllung völkerrechtlicher Unterstützungspakte freie Durchfahrt durch die Meerengen haben sollen, auf Wunsch Großbritanniens fallen gelassen werden. Stattdessen würden einige Länder möglicherweise getrennte Erklärungen abgeben oder in Sonderabmachungen mit der Türkei eintreten. Ferner werde man sich wahrscheinlich in Würde über die folgenden Punkte einig zu lassen:

1. Rußland soll das Recht haben, in Ausnahmefällen seine Kriegsschiffe frei durch die Meerengen zu bewegen.
2. Für Staaten, die nicht am Schwarzen Meer liegen, soll die zur Durchfahrt zugelassene Tonnage auf 30 000 Tonnen nebst weiteren 8000 Tonnen für „humanitäre Zwecke“ begrenzt werden.
3. Im Kriegsfall und wenn die Türkei neutral ist, sollen keine kriegsführenden Schiffe durch die Meerengen passieren, es sei denn in Vollziehung von Völkerbundverpflichtungen.

### Georgien in Montreux?

Wie erinnerlich, ist die Dardanellenfrage erstmalig auf der Laujaner Konferenz im Jahre 1923 behandelt worden. Im Absatz 3 des Artikels 12 dieses Vertrages werden die Staaten namentlich angeführt, die an der Lösung dieser Frage interessiert waren. U. a. treffen wir dort auf einen recht merkwürdigen Satz. In diesem Absatz werden als Schwarzmeerstaaten aufgeführt: die Türkei, Rumänien, Bulgarien und Rußland und „andere unabhängige Staaten, die an das Schwarze Meer grenzen und die im Absatz 1 nicht erwähnt sind“. Die damaligen Konferenzteilnehmer haben absichtlich vermieden, Georgien und die Ukraine, als die einzigen noch an das Schwarze Meer angrenzenden Staaten namentlich anzuführen. Weshalb? Welche andere Staaten grenzen noch an das Schwarze Meer? Mit Recht hat in diesen Tagen ein bekannter Journalist in der Schweizer Presse hierüber seine Ansicht geäußert: „Mit dieser Frage wurde auf der Laujaner Konferenz der berühmte Absatz 3 des Artikels 12 der Meerengenkonvention getauft, der vermied, Georgien ausdrücklich zu nennen. Dadurch hat die Konferenz von Laujanne aus einer Sache, die klar auf der Hand lag, ein Geheimnis gemacht.“

Damals hat der Vertreter Sowjetrußlands, der vor einigen Tagen verstorben ist, Ichtischerin laut gefordert, daß diese „Verbündeten“ — Georgien und die Ukraine — an der Konferenz teilnehmen, und daß ihre Namen in die Protokolle neben Rußland eingetragen werden sollten. Man weiß zur Genüge, wie die einladenden Mächte diese Forderung damals beantworteten. Sie beschloßen zwar, Georgien und die Ukraine in den Protokollen namentlich zu erwähnen, aber sie weigerten sich, Ichtischerin als Vertreter dieser Staaten anzuerkennen. Und in der Tat unterschrieb Ichtischerin das Meerengenabkommen nur im Namen Rußlands. Die Unterschriften Georgiens und der Ukraine wurden offen gelassen. Dadurch hat aber die Konferenz von Laujanne die Berechtigung der Teilnahme an dieser Konferenz dieser beiden Staaten offiziell anerkannt.

Es ist schon richtig, daß es damals von Ichtischerin ziemlich gewagt war, die Zulassung Georgiens und der Ukraine, die Rußland mit Waffengewalt befehl hatte, zu fordern, aber damals existierte die UdSSR noch nicht und die beiden Staaten wurden von den Fremddiplomaten als „frei, unabhängig und mit Rußland alliiert“ bezeichnet. Außerdem verfolgte Rußland damals den bestimmten Zweck, in der Kontrollkommission der Meerengen drei Stimmen anstelle nur einer einzigen zu erhalten. Formell betrachtet, könnte Litwinoff heute auf der Konferenz von Montreux die Eintragung Georgiens und der Ukraine in das in Bearbeitung befindliche Abkommen fordern; dazu würde ihm die zwar nur auf dem Papier stehende sowjetrussische Verfassung berechtigen. Wenn man aber noch die neue, umgewandelte Sowjetverfassung nimmt, die Georgien ausdrücklich als „unabhängigen Staat“ anerkennt, dann taucht die Frage von selbst auf, ob es nicht eine Ehrenfrage für Moskau ist, in Montreux die Annullierung der von Georgien — seinem Verbündeten — in Laujanne erworbenen Rechte zu verhindern! Die bisherigen Reden Litwinoffs lassen allerdings jeden Anhaltspunkt vermissen.

Wenn 1923 Ichtischerin in Laujanne den Versuch unternahm, die Anerkennung des „Schwarzen Meeres als Binnenmeer der daran grenzenden Mächte“ durchzudrücken, was nach Ansicht des damaligen englischen Vertreters Lord Curzon die Umwandlung dieses Meeres in einen „russischen See mit der Türkei, als der getreuen Hüterin des Ausganges dieses Sees“ bedeuten hätte, so begnügt sich heute Litwinoff damit, die Zahl der Kriegsschiffe anderer großer Nationen, die durch die Dardanellen in das Schwarze Meer eindringen könnten, möglichst herabzudrücken. In diesen Tagen hat der Hauptdelegierte der Türkei der Konferenz einen Entwurf vorgelegt, in dem mit keinem Worte der Kommission gedacht wird, die den Verkehr durch diese Meerengen kontrollieren soll. Die türkische Absicht, die Dardanellen wieder zu befestigen, liegt hier klar auf der Hand, aber ebenso klar ist es auch, daß die Türkei durch diesen Entwurf den Wünschen Moskaus entgegenkommt. Die Schifffahrt durch die Meerengen von der „Ritterlichkeit“ Angoras abhängig zu machen, wäre für die Schwarzmeerstaaten — außer Rußland natürlich — von unabweisbarem Schaden. Denn, wenn die Großmächte das Meerengenproblem zu einer inneren türkischen Angelegenheit machen und sich daran desinteressieren wollten, dann würde dies die Herrschaft Rußlands über die anderen Schwarzmeerstaaten bedeuten. Man könnte in diesem Zusammenhang fragen, ob die Türkei die blutigen Kriege vergessen hat, die Rußland gegen sie seit Jahrhunderten um den Besitz der Meerengen und Konstantinopels, das es hochtrabend „Zarenstadt“ nannte, geführt hat? Wir halten aber die heutige türkische Diplomatie für viel zu klug, um anzunehmen, daß sie diese Gefahr nicht sieht, oder daß sie

## Massenverhaftungen in Spanien

### Nach der Ermordung Calvo Sotelos

Madrid, 14. Juli. In Madrid wie auch in der Provinz sind außerordentlich starke polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen worden, da man die Reaktion auf die Ermordung des monarchistischen Abgeordneten Calvo Sotelo (Berichte darüber auf S. 5) fürchtet und mit ersten Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung rechnet. Die Zahl der verhafteten rechtsstehenden Personen beläuft sich allein in Madrid auf 175. Unter besonders starkem polizeilichem Schutz stehen die Ministerien. Die Regierung hat beschloßen, das anarcho-sindikalistische Parteihaus, sowie sämtliche Lokale der Monarchisten zu schließen.

### Der spanische Landtag für eine Woche geschlossen

Madrid, 14. Juli. In der Nacht zum Dienstag hat der spanische Ministerpräsident Casares Quiroga nach Rücksprache mit dem Landtagspräsidenten Martinez Barrio, dem Führer der linksrepublikanischen Gruppe Marcelino Domingo und einem Vertreter der Marxisten den Beschluß gefaßt, den Landtag nach vor dem Beginn der Dienstaufhebung durch Regierungsbekehl für eine Woche schließen zu lassen.

### Palästina-Unruhen werden von Moskau geschürt

London, 14. Juli. „Daily Mail“ meldet aus Jerusalem, daß die britische Geheimpolizei festgestellt habe, daß die Aufstandsbewegung in Palästina zum großen Teil von Moskau geschürt werde. Vor kurzem habe man im Norden der Stadt Tel Aviv das Hauptquartier der kommunistischen Partei entdeckt, das in unmittelbarer Verbindung mit Moskau gestanden und von dort Anweisungen für die Unruhen erhalten habe. In dem Gebäude habe man unter anderem Schriftstücke des Moskauer Departements für Propaganda im Nahen Osten gefunden, sowie Quittungsabschnitte für große Geldsummen aus Moskau. Einige der Schriftstücke seien in Chiffre, andere mit unsichtbarer Tinte geschrieben gewesen.

### Zuckerstücke als Wurfgeschosse

#### Streikzusammenstöße in einer ägyptischen Zuckerfabrik.

Kairo, 14. Juli. Wegen rückständiger Lohnforderungen besetzten am Montagmorgen 3000 Arbeiter der Zuckerfabrik Sawambija bei Kairo das Fabrikgebäude. Da gütliche Einigungsversuche vergeblich waren, beorderte die Regierung neben starken Polizeikräften auch Truppenabteilungen, insgesamt 1000 Mann, nach Sawambija. Nach abermaligen gütlichen Versuchen

kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf die Arbeiter die Polizeibeamten

#### mit Zuckerstücken von bis zu 10 kg Gewicht bombardierten.

Die Polizei sah sich schließlich gezwungen, scharf zu schießen.

Mehrere Tote und Schwerverletzte auf beiden Seiten waren die Opfer des Gefechts. Ueber Nacht zogen sich die Truppen zurück, während die Arbeiter die Einrichtung der Fabrik zerstörten. — Es handelt sich um die modern eingerichtete Fabrik einer belgischen Gesellschaft, die das Zuckermonopol Ägyptens besitzt. Der gegenwärtig vorhandene Zuckervorrat reicht für den zweijährigen Bedarf ganz Ägyptens aus.

### Hungermarsch in der Hauptstadt von Pennsylvania

Harrisburg, 14. Juli. Von allen Seiten strömten im Laufe des Montags Arbeitslose nach Harrisburg, der Hauptstadt von Pennsylvania, um gegen die Einstellung der Arbeitslosenunterstützung zu protestieren. Die Staatsverwaltung hatte nämlich am vergangenen Dienstag die Zahlungen abgestoppt, wodurch mehr als 600 000 Arbeitslose dem Hunger preisgegeben sind. Die Bereitstellung der erforderlichen 45 Millionen Dollar Unterstützungsgelder ist bisher durch Streitigkeiten zwischen republikanischen und demokratischen Abgeordneten verhindert worden. Die Arbeitslosen, zu denen sich noch Tausende auf einem Hungermarsch nach Harrisburg befindliche Leidensgenossen gesellen werden, kampieren auf den großen Plätzen der Stadt und drohen auf einer am Montagabend abgehaltenen Protestkundgebung mit einem Sturm des Senatsgebäudes.

### Verkehrsoffer der letzten Woche

Berlin, 14. Juli. Die vom Reichs- und preussischen Verkehrsminister bekanntgegebenen Ziffern der Verkehrsoffer der letzten Woche lauten diesmal

139 Tote, 4450 Verletzte.

Der Reichs- und preussische Verkehrsminister bemerkt diesmal: Wie unachtsam und sorglos sich noch viele im Verkehr verhalten, ergibt sich zum Beispiel daraus, daß täglich etwa 4mal, im Jahre mehr als 1300mal, Fahrzeuge in heruntergelassene und beleuchtete Eisenbahnkreuzungen hineinfahren.

Ebenso wichtig, wie die Vorsicht an Eisenbahnkreuzungen, ist ein vernünftiges Verhalten an Straßenkreuzungen. Das Hüpfen an Straßenkreuzungen, um sich die gebotene Verlangsamung des Tempos zu ersparen, ist strafbar.